

1. Mit der Zertifizierung von Wäldern und der Kennzeichnung des Holzes aus diesen Wäldern mit dem entsprechenden Gütesiegel wird für Kunden, Verbraucher und Marktpartner der Forstwirtschaft ein glaubwürdiger Nachweis für nachhaltige und umweltverträgliche Waldbewirtschaftung erbracht. Forstliche Zertifizierungssysteme liefern einen wichtigen Beitrag zu einer umfassenden Qualitätssicherung. Bürstadt hat keine nennenswerten kommunalen Waldflächen.
2. In Hessen unterliegt der Einsatz von Glyphosat, außerhalb land-, forstwirtschaftlich und gärtnerisch genutzter Flächen, auf öffentlichen Freiflächen einem Genehmigungsvorbehalt. Es gibt noch zu viele Freilandflächen, auf denen dieser Wirkstoff angewandt wird. Hier müssen Alternativen, wie das mechanische oder thermische Bearbeiten der Flächen zum Einsatz kommen. Insbesondere in der Beratung muss darauf sehr deutlich hingewiesen werden. In Hessen werden solche Anwendungen, soweit rechtlich möglich, künftig nicht mehr zugelassen. Für weiter gehende Einschränkungen oder gar einem kompletten Verbot von Glyphosat sind der Bund oder die EU zuständig. Der Bund wurde aufgefordert, weitere Einschränkungen der Anwendung von Glyphosat in der Landwirtschaft zu regeln.
3. Das Land Hessen strebt eine verstärkte Nutzung des KWK-Potenzials an und hat hierfür unter anderem ein Programm zur Förderung von Mikro-KWK-Anlagen aufgelegt. In Bürstadt unterstützen wir schon immer den Ausbau der regenerativen Energien. So gibt es etwa im Komplex Bürgerhaus/Altenpflegeheim schon lange eine BHKW. Wir wollen die energetische Sanierung der kommunalen Gebäude weiter vorantreiben und dabei natürlich auch die Modernisierung des Heizungsbestands vorantreiben.
4. In Bürstadt bewirtschaften wir für Ausgleichmaßnahmen ein Ökopunktekonto, um Ausgleichsmaßnahmen zu bündeln und nachhaltig umzusetzen. Ein Kataster über die beschlossenen Ausgleichsmaßnahmen ist eine sinnvolle Anregung und wird von uns im Bereich des Umwelt- und Naturschutzes aufgegriffen.
5. Bürstadt braucht in den Bereichen der Wohnbebauung und Gewerbegebietsentwicklung auch künftig Entwicklungsflächen. Auch die dringend notwendigen Maßnahmen in der regionalen Infrastruktur (Umgehungstraßen, Bahntrassenneubau) erfordern weitere Flächenansprüche. Wir wollen diese im Rahmen der zulässigen Flächenplanung auch umsetzen. Für Bürstadt streben wir auch eine Überarbeitung des Flächennutzungsplans an. Darüber hinaus gibt es auch bereits Konzepte für eine städtebauliche Entwicklung von innerstädtischen Flächen. Wir stehen für einen sinnvollen Ausgleich von Stadtentwicklung und Flächenverbrauch.

Betreff: Wahlprüfsteine-Antwort SPD Bürstadt

Von: Stefanie Indefrey <stefanie@indefrey.de>

Datum: 13.02.2016 20:16

An: bund.bergstrasse@bund.net

An:

Claudia Dirr

BUND Bergstraße

Ludwigstraße 13

64646 Heppenheim

Tel. 06252 5189

E-Mail: bund.bergstrasse@bund.net

Web: www.bund-bergstrasse.de

Sehr geehrte Frau Dirr,

hier sind, im Auftrag des Fraktionsvorsitzenden Franz Siegl, die Antworten der SPD Bürstadt.

Herzliche Grüße

1. Im Stadtwald mehr Natur zulassen: Machen Sie Ihren Kommunalwald zum FSC Wald!

FRAGE: Setzen Sie sich dafür ein, den Kommunalwald Ihrer Stadt/Gemeinde nach dem FSC Siegel zertifizieren zu lassen?

X JA auf jeden Fall

0 NEIN das finde ich nicht richtig

Begründung:

Die Zertifizierung des kommunalen Waldes nach FSC sichert Artenvielfalt, Produktivität und ökologische Prozesse des Waldes.

Um den Wald rund um Bürstadt auf Dauer zu erhalten und wirtschaftlich zu nutzen, setzen wir uns dafür ein, eine hohe Biodiversität zu fördern, Plenterwirtschaft zu betreiben und zugleich die Absenkung des Grundwasserspiegels durch übermäßige Wasserentnahme zu vermindern.

2. Verbot von Glyphosat auf kommunalen Flächen: Machen Sie ihre Kommune zur glyphosatreien Kommune!

FRAGE: Setzen Sie sich dafür ein, dass Glyphosat in Ihrer Stadt/Gemeinde nicht mehr auf öffentlichen und landwirtschaftlich genutzten kommunalen Flächen eingesetzt wird?

X JA auf jeden Fall

0 NEIN das finde ich nicht richtig

Begründung:

Glyphosat vernichtet Biodiversität, ist krebserregend und reichert sich über die Nahrungskette im menschlichen Körper an. Wir setzen uns für ein Verbot von Glyphosat-Einsatz auf kommunalen Flächen ein und unterstützen ein allgemeines Verbot von Glyphosat.

3. Einsatz von Kraft-Wärme-Kopplung in kommunalen und anderen Gebäuden: Machen Sie Ihre Kommune zur Energiewende-Kommune mit Kraft-Wärme-Kopplung!

FRAGE: Setzen Sie sich dafür ein, dass in Ihrer Kommune viele neue KWK-Anlagen in kommunalen und anderen Gebäuden eingebaut werden?

X JA auf jeden Fall

0 NEIN das finde ich nicht richtig

Begründung

Wir setzen uns dafür ein, verstärkt Kraft-Wärme-Kopplung in kommunalen Gebäuden einzusetzen.

Bisher geschieht das bereits im bis vor kurzen kommunalen Altenheim St. Elisabeth. Bei der Konzeption des neuen Sportparks plädieren wir dafür, einen Kraft- Wärme-Verbund für das Schwimmbad und die anderen Sportstätten zu realisieren.

Für neue oder die Erweiterung bestehender Gewerbegebiete sollte die Kraft-Wärme-Kopplung zur Erzeugung von Elektrizität, Heizwärme und Prozesswärme konzeptionell eingeplant werden.

Die kommunale Wirtschaftsförderung soll bei der Akquirierung entsprechender Fördermittel behilflich sein.

Intelligente Gesamtkonzepte unter Einbindung von Kraft-Wärme-Kopplung, Fotovoltaik und Solarthermie sollen angestrebt werden.

4. Ausgleichsmaßnahmen verbessern : Machen Sie beschlossene Naturschutzmaßnahmen nachprüfbar!

FRAGE: Setzen Sie sich dafür ein, dass in Ihrer Kommune ein öffentliches Kataster über Ausgleichsmaßnahmen und deren Pflegezustand geführt wird?

X JA auf jeden Fall

0 NEIN das finde ich nicht richtig

Begründung

Ausgleichsmaßnahmen zu Eingriffen in Naturräume sind nur sinnvoll, wenn sie nicht nur beschlossen, sondern auch umgesetzt werden und ihr nachhaltiger Bestand gewährleistet wird. Um die Einrichtung, den dauerhaften Erhalt und die Pflege dieser Ausgleichsflächen zu sichern, wäre es sinnvoll, die beschlossenen und ausgeführten Maßnahmen in einem öffentlich einsehbaren Kataster zu kartieren und zu dokumentieren.

Dadurch wäre es der kommunalen Verwaltung besser als bisher möglich, bei säumigen Unternehmen die Einhaltung ihrer vertraglichen Pflichten anzumahnen und für die Bürgerschaft den Stand der Maßnahmen transparent zu machen. Dafür setzen wir uns ein.

5. Landfraß begrenzen: Beschränken Sie Flächenverbrauch auf die Vorgaben des aktuellen FNP!

FRAGE: Setzen Sie sich dafür ein, dass Ihre Kommune nicht mehr Siedlungs- und Gewerbeflächen ausweist als es der aktuelle Flächennutzungsplan vorgibt?

X JA auf jeden Fall

0 NEIN das finde ich nicht richtig

Begründung

Um die fortschreitende Versiegelung von Böden und Flächen zu vermeiden, sollten Kommunen Bauvorhaben vorrangig in bereits erschlossenen innerstädtischen Kernbereichen vornehmen.

--

Stefanie Indefrey

Kirschstr. 13
68642 Bürstadt

Tel 06206-130 60 51
Mob 0163 - 71 98 013

www.indefrey.de